

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

### **Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931**

139 (24.11.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887720](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887720)

# Nachrichten

## für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von L. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Gericht Nr. 90

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einseitige Kopfszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernprediger aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließtag 17

Nr. 139

Elsfleth, Dienstag, den 24. November

1931

### Chronik des Tages.

— Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten findet am heutigen Montag in Berlin die gemeinsame Schlußsitzung der beiden Unterausschüsse des Wirtschaftsausschusses statt.  
— Reichspräsident von Hindenburg hat mit einem Erlaß an die Wehrmacht für die ihm durch Ungarn zuteilgewordene Ehrengewandlung gebannt.  
— Der deutsche Antrag auf Einberufung des Beratenden Sonderauschusses der B33 wird auch in England als der Anfang vom Ende der Reparationen gewertet.  
— In Lachen kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei denen wiederum ein Nationalsozialist getötet wurde.  
— Der Direktor der zusammengebrochenen Bank für Handel und Grundbesitz, Seiffert, ist offenbar nach Paris entkommen.  
— Bei einer Explosion in einer englischen Kohlengrube im Bezirk von Doncaster wurden 24 Bergleute getötet.

### Das Ende der Tribute.

— Berlin, 23. November.

In einer Auslassung über die Bedeutung des deutschen Antrags auf Einberufung des Beratenden Sonderauschusses der Wehrtribunalbank bemerkt der Londoner „Daily Express“: Der Abgang Englands vom Goldstandard und die bisher bevorstehende Einführung von Zöllen haben es klar gemacht, daß das Ende der Reparationen gekommen ist. Es ist möglich, daß Frankreich auf irgendeiner Formel für spätere Zahlungen besteht und daß die Wehrtribune für diese Zahlungen intact gehalten wird. Aber wenig Zweifel besteht darüber, daß im Reinergebnis nichts gezahlt werden wird.

Mehlich äußert sich die führende „Times“, die einen „wenigstens vorläufigen Verzicht“ auf Reparationen erwartet.

Ob nun die Gläubigermächte, nachdem sie bereits riesige Leistungen aus Deutschland erpreßt haben, für die Zukunft endgültig oder zunächst nur für die Zeit der Wirtschaftskrise auf weitere Tribute verzichten werden, kann uns im Augenblick herzlich gleichgültig sein. Das entscheidende ist, daß Deutschland auch nach dem Hoover-Freijahr, also vom 1. Juli 1932 ab, Tribute nicht zahlen kann und nicht zahlen wird!

Mit dem deutschen Antrag auf Einberufung des B33-Ausschusses beginnt ein neuer Abschnitt der Reparationsgeschichte, nämlich der letzte. Der erste Abschnitt war ausgeführt mit dem Raub der deutschen Handelschiffe, der Kolonien und der deutschen Grenzbezirke. Im zweiten Abschnitt gab es Reparationsphantasieereien und militärische Gewaltmaßnahmen nach Art des Ruhrreizes. Im dritten verachtete man es mit einer „wirtschaftlichen“ Lösung der Reparationsfrage, mit der Finanzierung der deutschen Tribute durch den Außenhandel. Nun ist auch dieses Experiment glücklich gescheitert. Unter schweren Leiden mußte die Welt erfahren, daß der deutsche Ausfuhrüberschuß die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen an das Ausland decken muß.

Damit aber ergibt sich, daß im Rahmen des Youngplans eine Lösung der Reparationsfrage nicht gefunden werden kann. Es handelt sich eben nicht mehr um die unauflösbaren und die geschulten, nur insoweit zu leistenden Tributzahlungen, als dadurch die deutsche Währung und die Wirtschaft nicht untergraben wird, auch drehen sich die Verhandlungen nicht mehr darum, ob die von Deutschland in Reichsmark aufzubringen Tribute ohne Erschütterungen im Finanz- oder Bündnis vermindert werden können, sondern im Mittelpunkt der Untersuchungen steht jetzt die Frage, ob Deutschland neben der Verzinsung und Tilgung der Privatschulden überhaupt noch weitere Zahlungen leisten kann!

Mit Recht hat deshalb die Reichsregierung in ihrem Antrag die Feststellung gemacht, daß ihre durch den Youngplan bedingte Erklärung, sie sei in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen, durch die teilweise oder vollständige Abführung der Reparationen müsse die Währung und die Wirtschaft Deutschlands gefährdet werden, der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. In der Tat ist der ganze Mechanismus des Youngplans, obwohl sich dieser Tage Präsident Owen D. Young über das Werk seiner Konferenz sehr zufrieden äußerte, völlig veraltet und wertlos. Die neue Konferenz muß darum von einer neuen Grundlage ausgehen, nämlich den Beträgen, die Deutschland vom Februar ab bereits für die Verzinsung und Tilgung seiner privaten Auslandsschulden aufbringen muß, also von der Prüfung der Gesamtfrage und ihrer sämtlichen Faktoren. Dabei steht aber bereits jetzt fest, daß allein für die Verzinsung der Privatschulden mindestens zwei Milliarden Mark im Jahr aufzubringen sind. Woher wir dafür noch weitere Mittel nehmen sollen, um Reparationen zu leisten, ist und wird immer ein Rätsel bleiben.

Nun hat allerdings die französische Regierung, wie die Berliner Presse sich ausdrückt, den deutschen Antrag und seine Begründung „durchgehen lassen“, aber es ist doch sicher, daß die französische Diplomatie in den neuen Konferenzen werden wird von den Reparationen zu „retten“, was zu ret-

ten ist, und seien es auch nur leere Titel. Der Kampf, der sich damit abzeichnet, muß als eitrige werden. Nachgiebigkeit wäre in unserer Lage das schlimmste, was uns begegnen könnte. Eine zweite Reparationsstrafe darf es nicht geben, und darum muß jetzt die Liquidierung der Tribute beginnen.

Der Beratende Sonderauschuß, der wohl noch in diesem Monat seine Arbeiten aufnehmen wird, setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, die von dem Präsidenten der Deutschen Reichsbank, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank in New York und den Präsidenten der Notenbanken Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans ernannt werden. Ergänzt werden dürfte die Kommission noch durch je einen Vertreter Hollands, der Schweiz und Schwedens, also der Länder, die zwar keine Reparationen erhalten, dafür aber um so mehr Anleihen von Deutschland zurückzufordern haben. Die Aufgabe dieser Sachverständigen erschöpft sich mit der Erstattung eines Gutachtens. Die deutsche Regierung oder die Gläubigerregierungen sind durch dieses Gutachten nicht gebunden, sondern für sie bilden diese Empfehlungen nur eine Verhandlungsgrundlage. Die Tagung des Beratenden Ausschusses stellt daher nur den Auftakt der Regierungskonferenz dar, die etwa im Dezember oder im Januar folgen dürfte.

Was die Persönlichkeit der Sachverständigen betrifft, wird man wahrscheinlich die gleichen Männer berufen, die bereits der Wiggins-Kommission angehört und in dem aus dieser Kommission hervorgegangenen Layton-Bericht festgestellt haben, daß die Einforderung deutscher Tribute und die gleichzeitige Abschließung der Märkte einen Widerspruch darstellt und eine Politik, die die Zerstörung der Weltwirtschaft nur verschlimmern kann. Dieser Layton-Bericht behält auch für die neuen Konferenzen seine Gültigkeit. Die Sachverständigen könnten sich daher damit begnügen, diesen Bericht zu ergänzen, indem sie feststellen, daß mit der Abkehr Englands vom Goldstandard und der Aufkündigung großer Schutzmauern um den englischen Absatzmarkt die Lage noch schlimmer geworden ist.

Die Richtschnur für die nun beginnenden Auseinandersetzungen muß die Erkenntnis bilden, daß es nur noch einen Weg zur Befriedung der Weltwirtschaft gibt: den endgültigen Verzicht auf weitere Tribute.

### Das deutsche Echo.

Paris will beim Youngplan verbleiben. — London wertet den deutschen Schritt als Anfang vom Ende der Reparationen.

Der deutsche Antrag auf Einberufung des Beratenden Sonderauschusses wird von der Presse der führenden Länder eingehend auf seine Bedeutung hin untersucht. Von den rechtsstehenden Berliner Zeitungen bezeichnet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unsere Position als die eines Verzweifelten, wenn auch nicht die schlechteste. Die „Börse-Zeitung“ betont, eine Wiederaufnahme der Tributzahlungen könne nicht in Frage kommen, der „Tag“ fragt, ob Deutschland nicht schon den Zeitpunkt für die grundsätzliche Erklärung, keine Tribute mehr zahlen zu können, verpaßt habe.

Der „Börse-Courier“, die „Woffische Zeitung“ und das „Tageblatt“ verweisen u. a. darauf, wie sehr sich die wirtschaftliche Lage seit der Young-Konferenz verschlechtert hat. Entscheidend ist, so bemerkt auch die dem Kanzler nahestehende „Germania“ und ferner der „Vorwärts“, daß der Sonderauschuß sich über den im Youngplan vorgezeichneten Aufgabenkreis hinaus auch mit der Prüfung der Gesamtfrage beschäftigen muß.

#### Die englische Presse

ist nahezu einmütig der Auffassung, daß weitere deutsche Tributzahlungen vorerst nicht geleistet werden. Der deutsche Antrag sei ein erster auf dem Wege internationaler Aktionen bezüglich des verworrenen Komplexes der Reparationen, der Kriegs- und der Privatschulden. In ähnlichem Sinne spricht auch Sir Walter Layton, der Vorsitzende der Wiggins-Kommission, von der Ausschußtagung als von einem Aufsatz. Die konservative „Morning Post“ findet durch den deutschen Antrag die Befürchtungen über Deutschland bestätigt und betont nochmals, daß erst die Tributüber-schuldung Deutschland veranlaßt hat, in Amerika und England Geld zu borgen.

„Daily Express“ spricht von einem deutschen SDS-Ruf und bemerkt dazu, es liege in jedermanns Interesse, daß Deutschland davor bewahrt werde, der Seuchenherd des Kontinents zu werden. Das Ende der Reparationen sei gekommen. „Times“ macht darauf aufmerksam, daß eine Einigung über die kurzfristigen Kredite nur zu erreichen ist, wenn die Regierungen wenigstens vorläufig auf Reparationsansprüche verzichten. Hoovers Schuldentilgung sei zu spät gekommen. „Financial Times“ wertet den deutschen Schritt als „unbedingt notwendig und geeignet, Befriedigung auszulösen.“

#### Die französischen Zeitungen

bemühen sich, Fortschritte über den Youngplan hinaus zu erschwern.

„Echo de Paris“ schreibt, die Reichsregierung habe zwar die Formeln des Youngplans benutzt, aber sie habe doch auch klar zum Ausdruck gebracht — und das sei

entscheidend — daß der Youngplan detailliert sei. Praktisch hätten die Reparationen für Deutschland zu existieren aufgehört. „Greffier“ beschwört die französische Delegation, die Debatte ja nicht über den Rahmen des Youngplans hinausgehen zu lassen. „Figaro“ wundert sich, daß die französische Regierung den deutschen Antrag ohne Protest habe hingehen lassen. Ein Sprichwort laßt: „Wer nichts erklärt, stimmt zu.“

### Stillhaltekonferenz in Berlin.

Unter Beteiligung von elf Gläubigerausschüssen. — Einladung bereits erfolgt.

— Berlin, 23. November.

Von unterrichteter Seite werden die von einzelnen Zeitungen veröffentlichten Meldungen, wonach der Beratende Sonderauschuß der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel auch Verhandlungen über die Regelung der Frage der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands führen soll, als unrichtig bezeichnet.

Beide Fragen, so wird erklärt, haben formal überhaupt nichts miteinander zu tun und können auch nicht in gemeinsamen Verhandlungen von den gleichen Sachverständigen behandelt werden. Dies ist schon deshalb unmöglich, weil voraussichtlich die Besprechungen über die Stillhaltefragen zunächst in Berlin erfolgen werden.

So hatte der deutsche Schuldnerauschuß die Vertreter der beteiligten Gläubigerländer bereits zu Besprechungen über die weitere Regelung der privaten Schulden nach Ablauf des Stillhalteabkommens nach Berlin eingeladen. Bei diesen Verhandlungen ist Deutschland durch den sogenannten Schuldnerauschuß, das ist der frühere Bankenausschuß, vertreten. Außer diesem Ausschuss werden Vertreter der Reichsbank und der Goldstandardbank teilnehmen. Eingeladen sind die 11 Ausschüsse der privaten Gläubiger, d. h. die Bankvertreter von Amerika, Belgien, Dscheschoslawakei, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Schweden und Schweiz.

### Stewart Amerikas Vertreter im Ausschuss

Nach einer aus New York vorliegenden Meldung hat der Gouverneur der Bundesreservebank, Harrison, auf Grund eines Erlasses der B33, den Vorsitzenden des Direktorenrates von Case Pomeroy and Co., Walter W. Stewart, zum amerikanischen Mitglied des Beratenden Sonderauschusses ernannt. Walter W. Stewart wird am 28. November nach Basel abreisen.

Stewart wird in Bankkreisen als einer der Befähigten für die ihm übertragene Aufgabe bezeichnet. Er gehört keiner besonderen Bankgruppe oder politischen Gruppe an und gilt als vollkommen unabhängig. Er hat an allen wichtigen Wirtschaftskonferenzen der letzten Jahre teilgenommen, so zum Beispiel bei der Formulierung desjenigen Teils des Youngplans, der sich mit der B33 befaßt.

### Hindenburg dankt Horthy.

Erlaß an die Wehrmacht.

Reichspräsident von Hindenburg hat auf die ihm von Ungarn zuteil gewordene Ehrengewandlung unter Gegenzeichnung des Reichswehrministers Groenerts mit folgendem Erlaß an die Wehrmacht gebannt:

„Der Herr Reichserzherzog des Königreiches Ungarn, Seine Durchlaucht Wiky Mikolaus Horthy von Nagybanya, hat mir die Anheberschaft des nach König Stephan dem Heiligen benannten dritten konvokierten Infanterie-Regiments übergeben und zu diesem Zweck eine Offizier-Abordnung des Regiments zu mir entsandt.“

Diese, mit durch die ungarische Nation und durch die ruhmreiche ungarische Armee dargebrachte außerordentliche Ehrengewandlung erfüllt mich mit Stolz und Freude und ist mir ein Zeichen dafür, daß die Gefühle der in vielen Schlachten des Weltkrieges erprobten Waffenbrüderchaft noch heute fortleben.

Ich sehe die hohe Auszeichnung meiner Person zugleich als eine Ehrengewandlung der deutschen Wehrmacht an.“

### Der Lohnkonflikt an der Ruhr.

Stellungnahme der katholischen Geistlichkeit.

— Bochum, 23. November.

In Gegenwart des Erzbischofs Dr. Caspar Klein von Aachen fand hier eine Konferenz der katholischen Geistlichkeit Bochums statt, die sich mit dem Lohnkonflikt im Ruhrbergbau beschäftigte. In einer Entscheidung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Lage der Bergarbeiterfamilien durch Lohnherabsetzungen, Frierlichkeiten und Entlassungen bereits eine kaum mehr tragbare Verschlechterung erfahren habe. Die als vorläufige Maßnahme ausgesprochene Waffenkündigung der Einzelarbeiterverträge werde von den Bergarbeitern als Vorbereitung einer unfriedlichen Lösung des Lohnkonflikts empfunden. Die Entscheidung warnt vor jedem einseitigen Schritt. — Die katholische Geistlichkeit des übrigen Industriebezirkes hat sich dieser Entscheidung angeschlossen.

## Die Pensionskürzung.

Beginn der Abstimmungen. — Vornahme von Änderungen. Der Haushaltsausgleich des Reichstags nahm wesentliche Teile des Pensionskürzungsgegesetzes an, mit dem er sich gegenwärtig beschäftigt. Als Grundlage der Beratungen diente der alte Regierungsentwurf für die Pensionskürzung, der zum Teil in die Novellierung vom Oktober übernommen worden ist.

Der Ausschuss nahm der Reihe nach die ersten fünf Paragraphen des Gesetzesentwurfes an, die den Zweck und den Umfang der Kürzungsmaßnahmen umschreiben. Es wurden verschiedene Änderungen vorgenommen. So wurde bei Paragraph 5 befohlen, daß nur bis zur Hälfte von 4000 Mark jährlich das Anrechnungseinkommen für eine Kürzung des Ruhegeldes außer Betracht bleibt. Im Gesetzesentwurf war das künftige Anrechnungseinkommen auf 6000 Mark angelegt.

Die Weiterberatung wurde danach auf acht Tage ausgesetzt.

## Die Osthilfe-Notverordnung.

Protest der Genossenschaften. — Kritik der deutschen Reichstagsfraktion.

Berlin, 23. November. Die dem Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — angeschlossenen Verbände und Zentralgenossenschaften, soweit sie sich in das Osthilfegebiet erstrecken, legten in einer den zuständigen Stellen bereits zugegangenen Entschließung ihre Stellungnahme zu der Osthilfe-Notverordnung dar. In dieser Entschließung wird u. a. ausgeführt, die Notverordnung mache einen nicht-gerechtfertigten Unterschied zwischen Hypothek- und Personalkredit. Während die in erster Linie weitgehender Weise schaffe, gebe sie den Personalkredit und damit die wichtigste Grundlage für die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften völlig preis; sie rühre damit an die Wurzel des Bestandes des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, dessen Gesehtheit auch für den Aufbau der östlichen Landwirtschaft notwendig sei denn je.

Ebenso befahte sich auch die deutsche Reichstagsfraktion mit der Osthilfe-Notverordnung. Dabei wurde ausgeführt, die gesamte Osthilfe habe bisher etwa 52 000 Anträge bearbeitet, aber nur 700 Fälle lainiert. Über 5000 Fälle habe etwa 3000 Mark Verwaltungskosten verursacht. Gefordert wird von der Fraktion die sofortige Durchführung wirklicher entscheidender Maßnahmen auf der Grundlage des Entschuldigungsplans Dr. Hugenbergs.

## Seiffert nach Paris entkommen?

Die Vermögenswerte des flüchtigen Bankdirektors werden sichergestellt.

Berlin, 23. November. Der Direktor der zusammengebrochenen Bank für Handel und Grundbesitz, Willi Seiffert, scheint trotz aller Maßnahmen der Polizei in das Ausland entkommen zu sein. Während nach der einen Darstellung Seiffert noch kurz zuvor einen Scheck über 150 000 Mark eingelöst hat, wird von anderer Seite dieser Behauptung widersprochen.

Ueber die Flucht Seifferts gibt die Aussage eines Beamten der Fahrkartenausgabe des Bahnhof Friedrichstraße einen Aufschluß. Der Beamte gab an, er erkenne in Seiffert den Mann wieder, der am Donnerstagsabend an seinem Schalter eine Fahrkarte 2. Klasse nach Paris gelöst hat.

Die Frau des geflüchteten Direktors hat einen Nerven-zusammenbruch erlitten. Die Vermögenswerte Seifferts werden fest sichergestellt. Zu dem Vermögen gehören auch zwei Rittergüter; das eine liegt in der Nähe von Neuruippin und umfaßt 3000 Morgen. Das andere befindet sich zwischen Dramenburg und Belsen und wird von einem Vetter Seifferts bewirtschaftet. Die Höhe der Belastung dieser Güter konnte noch nicht festgestellt werden, so daß sich also noch nicht beurteilen läßt, inwieweit die Werte für die Konkursmasse von Bedeutung sein werden.

## 50prozentige Wertzölle.

Sofort nach dem Inkrafttreten des Antidumpinggesetzes hat das britische Schatzamt die erste Zollnotverordnung herausgegeben. Diese Verordnung legt einen Wertzoll von 50 Prozent auf eine umfangreiche Liste von Waren. Die Liste

enthält mehrere hundert Artikel. Nach Ansicht des Handelsamts sind alle diese Artikel in letzter Zeit über den normalen Bedarf hinaus nach England eingeführt worden.

## General von Mudra 7.

In seinem Heim in Schmerin-Zippendorf starb der aus dem Weltkrieg bekannte Armeeführer General der Infanterie von Mudra an den Folgen eines Herzschlags. General von Mudra stand im 81. Lebensjahr. General von Mudra kämpfte im Osten und im Westen, vor allem in den Kriegen.

## Die Politik der NSDAP.

Erklärungen Dr. Goebbels über die politische Lage.

Berlin, 23. November. In einer Massenversammlung der Nationalsozialisten im Berliner Sportpalast gaben Dr. Goebbels und Effer-Winchen nach vorausgegangenen Besprechungen mit dem Führer Erklärungen über die Politik der Nationalsozialisten ab. Dr. Goebbels führte u. a. aus:

„Die nationalsozialistische Bewegung hat niemals weniger daran gedacht, ihre Programm und ihre alten Prinzipien „aufzugeben“ als jetzt, da sie schon fast vor der Macht steht. Wenn die nationalsozialistische Bewegung sich dazu bereit fand, sich in Hamburg mit anderen Parteien und Verbänden auf einer faktischen Einie zu finden, so unterließ sie es doch nicht, schon acht Tage später in Braunschweig das alte und unabänderliche Programm erneut zu unterstreichen.“

Wo steht das geschriebene, daß die augenblicklich amtierende Regierung ein „göttliches Anrecht“ auf die Macht hat?

Die Macht ist loszujagen der Wandaerpolitik zwischen denen, die sich um die Macht bewerben, und wenn der, der den Wandaerpolitik beist, ihn leistungsfähig nicht mehr verdient, wird er ihm vom besseren Konkurrenten genommen werden.

Der Nationalsozialismus wird schon Mittel und Wege finden, um an die Macht zu kommen. Auch das Zentrum braucht sich da keine Sorgen zu machen. Wenn das Zentrum heute noch jagen kann, sein Turm fände überschüttet, so nur deshalb, weil wir uns bisher sehr ausgiebig mit den anderen bürgerlichen Parteien befaßt haben. Das ist nun zu Ende.“

## Haftbefehl gegen Bankier Marcus.

Berlin, 23. November.

In dem Ermittlungsverfahren wegen des Zusammenbruchs des Bankhauses Marcus u. Co. ist gegen die Inhaber Max Marcus und Berthold Schreiber Haftbefehl wegen dringenden Verdachts der schweren Depotunterschlagung ergangen. Schreiber ist bereits in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Marcus, der unter zu Hause liegt, wird auf seine Transportfähigkeit untersucht.

## Schünung muß zurücktreten.

Berlin, 23. November.

Das Gesandnis des Generaldirektors Schünung von der Behala (Berliner Hafen- und Lagerhaus AG), anlässlich seiner Vernehmung als Zeuge im Sklarekprozess, wonach er von den Sklarek 10 000 Mark Provision für Aufträge erhalten hat, wird das Ausscheiden Schünungs aus der Behala zur Folge haben. Wie man hört, ist bereits der Aufsichtsrat der Gesellschaft einberufen worden. In seinem Büro hat sich Schünung nach seiner Vernehmung nicht mehr blicken lassen.

## Nationalsozialist erschlagen.

Mehrere Personen verletzt.

Aachen, 23. November.

Bei einer Versammlung der NSDAP im Butschelder Kurhaus, zu der auch etwa 100 Kommunisten erschienen waren, kam es zu einer Schlägerei. Als die Polizei eintrifft, waren bereits zehn Personen verletzt. Die Verletzungen sind nur leichter Natur. Die Ruhe war kaum wiederhergestellt, als den Polizeibeamten mitgeteilt wurde, daß an einer anderen Stelle der Stadt eine politische Schlägerei im Gange sei. Die Beamten fanden dort zwei schwerverletzte Nationalsozialisten in ihrem Blut liegen. Einer der Verletzten, der 23jährige Nationalsozialist Geurten aus Aachen, ist bereits gestorben.

## Aus Stadt und Land.

\* Ein Zugführer verfuhr. Aus dem Patwagen eines auf der Strecke Hamburg-Berlin verkehrenden Güterzugs ist der Zugführer Siemens aus Hamburg-Rothensburgsort verfuhr. Der Beamte wurde zuletzt in Eißwäslu gesehen. Beim Eintreffen des Zuges in Wittenberge war Siemens verfuhr. Sein Mantel, sein Gehörapparat und seine Papiere wurden im Patwagen aufgefunden. Die Strecke zwischen Ludwigslust und Wittenberge — der Güterzug hatte inzwischen nicht gehalten — wurde sofort abgeblockt, doch konnte man feinerlei Anhaltspunkte entdecken, die das Verfuhr von Siemens hätten erklären können. Die einzige Möglichkeit scheint zu sein, daß Siemens aus dem Patwagen stürzte, während der Zug die Eldebrücke passierte und dabei er in der Elde ertrunken ist. Es ist bereits Anweisung gegeben, den Flußlauf abzufischen.

\* Kanada nimmt wieder deutsche Landwirte auf. Die kanadische Regierung hat, wie von der Hamburg-Amerika-Linie und der Canadian Pacific Railway Gernannt B. m. b. H. mitgeteilt wird, für das Jahr 1932 die Einwanderung von landwirtschaftlichen Familien deutscher Staatsangehörigkeit in den See-Provinzen Kanadas Neu-Braunschweig und Neu-Schottland vorgehen. Familien, die außer dem Fahrgeld über 4000 Mark verfügen und zur Auswanderung nach Kanada entschlossen sind, erhalten Auskünfte bei den Gesellschaften oder deren Vertretern.

\* Für 10 000 Mark Schmudfächer geflohen. Am Spitalmarkt in Nürnberg wurden aus einem Auto zwei schwarze Kunstlederfächer und eine braunlederne Aktentasche mit folgenden Schmudfächer entwendet: 60 goldene Brochen, 240 Paar goldene Ohrringe, 150 Herren- und Damenringen mit Imitationssteinen und Halbedelsteinen, 45 silberne Anhänger und Kollern mit Marksteinen und Steinen, 40 silberne Broschen, fünf Armbränder und zwei Eulus mit 225 unechten Herren- und Damenringen im Gesamtwerte von insgesamt 10 000 Mark.

\* Lohnregelung für die oberdeutsche Montanindustrie. Die Gehaltsverhandlungen in der oberdeutschen Montanindustrie führten zu der Vereinbarung, daß unter Berücksichtigung gewisser Änderungen die Gehaltsstapel vom 1. 11. 1926 wieder in Kraft gesetzt wird. Außerdem kommt der nach dem Mantelstufen alljährlich vorgegebene Steigerungssatz für die Dauer des Abkommens, das bis auf weiteres mit einmonatiger Kündigungsfrist läuft, in Wegfall.

\* Den Liebhaber erschossen. Die in Warschau lebende Prinzessin Sophie Worowieda hatte vor einiger Zeit ihren Mann verlassen und lebte nun mit einem Industriellen zusammen, der ebenfalls verheiratet war. Als dieser nun die Prinzessin bat, mit Rücksicht auf einen zu erwartenden Besuch für einige Tage in einem Hotel Wohnung zu nehmen, feuerte sie auf den Liebhaber und streckte ihn nieder. Anscheinend glaubte sie, daß der Industrielle das Verhältnis mit ihr lösen wollte.

\* Ein 108 Jahre alter Mann ermordet. Den in Warka (Polen) lebenden 108 Jahre alten Besitzer Jan Kaczmarek fand man auf dem Boden des Hauses, in dem er seit einigen Tagen wohnte, ermordet und mit Mehl und Stroh zugedeckt auf. Am Kopfe hatte er zwei große Wunden, die von einer Hand herrühren. Die Wunden haben ihrem Opfer, als es nach den Umständen noch schwache Lebenszeichen noch sich gab, mit Lumpen den Hals abgedeckt. Es besteht der Verdacht, daß die Hausinsassen Anton und Eva Maniawicz den Greis ermordet haben, weil er ihnen zur Last fiel. Die beiden mutmaßlichen Mörder sind verhaftet worden.

\* Die Polizeizaglia auf Korfu. In der Pariser Kammer erklärte der Abgeordnete Auscha-Serra, es sei bedauerlich, daß die Operation des Auschens eines kriegerischen Unternehmens angenommen habe. Darauf antwortete Ministerpräsident Kaval, in Korfu operierten insgesamt 50 Gendarmen, die nur in der üblichen Weise bemängelt seien. Die Operation sei notwendig. Es sei nicht Sache der Regierung, phantastische Journalisten zu verhindern, mehr oder weniger gefälschte Berichte über diese Aktion zu geben. In Korfu seien in den letzten zwei Jahren nicht weniger als 50 Verbrechen begangen worden. Dabei seien sechs Gendarmen erschossen worden. Die französische Regierung sei der Auffassung, daß die Zivilisation auf Korfu die gleiche sein müsse, wie im übrigen Frankreich. Die polizeilichen Maßnahmen in Korfu würden fortgesetzt.

\* Das Ende des „Nautilus“. Das von Wilkins mit nur geringem Erfolg verordnete Polar-Boot „Nautilus“ ist jetzt an der Küste von Bergen versenkt worden.

# DIE FABRIK (ERIKA FORST)

Roman von Marilise Sonnabend  
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale) 1931

Und dann ging Nora eines Tages wieder durch die Fabrik. In den weiten Sälen surrten die Treibriemen, tanzten die Spulen, fortierten geschickte Frauenhände schwer zu behandelnde Rohstoffe, spulten feine, fertige Fäden, verpackten duftige Seidenmenagen, sähten Stücke, arbeiteten an Maschinen, deren tosender Gesang die Räume durchdrang. In lehrdampfen und heißen Gefäßen wirkten halbnackte Männer an der Umformung und Zubereitung der Materialien in schwerer und oft ungeliebter Arbeit. Mächtige Kessel brodelten und verbreiteten ihre scharfen und beizenden Gerüche. In von Staub und Farbfasern erfüllter Luft, die jeden Atemzug vergiftete, hielten sie aus, einen fargen Unterhalt für sich schaffend, den Fortbestand und das Gedeihen der Fabrik, der Industrie für die Desfektlichkeit sichernd.

Nora, ernst, gereift, leidetüchtig, doch nicht leidunterjocht, reichte hier und da einem Vorkünftigen ihre bleich und nervös gewordene Hand zu herzlichem und schmerzhaftem Druck.

Sie war, als sie kam, „das fremde Fräulein“ gewesen; jetzt schritt sie durch die Räume als „die junge Frau Volkman“.

Sie empfand den Unterschied und empfand zugleich das warme und herzliche Vertrauen der Leute. Es erfüllte sie mit Dankbarkeit und Zuversicht. Ihr Leben brauchte nicht leer zu sein, nicht inhaltslos; wieviel gab es hier zu tun, zu helfen. Und wie oft hatte Hell zu ihr gesagt: Leb unfernen Arbeitern! Sein Vermächtnis erfüllte, sein Andenken in der Fabrik erhalten, das sollte die Aufgabe ihres Lebens sein.

Monate vergingen.

Frau Barbara hatte Nora in ihrem eigenen Büro, an ihrem eigenen geräumigen Arbeitsstisch einen Platz angewiesen. Sie wollte das stille junge Wesen immer bei sich haben. Die tiefe, ruhige Trauer Noras um ihren jungen Gemahl rührte und achte Frau Barbara. Ohne je ein Wort darüber zu verlieren, empfand sie für ihre Schwiegermutter eine warme Liebe, die von Tag zu Tag wuchs. Während der Arbeit hob sie zuweilen die Blicke und ließ sie auf Noras Antlitz ruhen, auf diesem blaffen, ernsten Gesicht, das der stille Schmerz mit einem unendlich tieflichen Ernst erfüllte. Ohne von ihrer bestimmten und zielstrebigen Art verloren zu haben, war Nora weicher und mädchenhafter geworden; die große Liebe und das herbe Leid hatten sie veredelt und verhöfcht.

Wenn sie die Blicke der Tante auf sich fühlte, hob sie wohl die Lider und lächelte ihr zu. Es lag jedesmal eine tiefe Resignation und zugleich ein liebevoller Trost in diesem Lächeln. Wahrlich, pflegte Frau Barbara zu denken, Hell hat recht gehabt: Sie wäre die beste Frau für ihn gewesen, die er hätte finden können.

Sie besprach alles mit ihr, weifte sie in alle Pläne und selbst in die Geheimnisse der Fabrik ein.

„Du bist meine Nachfolgerin, Nora — die junge Frau Volkman“, sagte sie wohl, und es gefiel ihr, daß Nora ohne viel Phrasen antwortete: „Ich habe noch ungenügende Arbeit zu leisten, bis ich dazu einmal werde fähig sein.“

„Du weist, Nora“, sagte Frau Volkman, wenige Tage bevor die wiederaufgebauten Teile des Gebäudes dem Betrieb von neuem übergeben werden sollten, „daß ich die Wiedererrichtung der Bauteile mit einer kleinen Feler für die Arbeiter und Angestellten stattfinden lassen will. Die Leute vergessen so schnell; und das Unglück, daß vier Menschenleben kostete, dazu zwei aus den Familien der Besten — und Vob war ein so verheißungsvoller Chemiker — das sollen sie nicht so schnell vergessen. Herr Vob und ich haben uns gestern abend des Näheren besprochen. Wir, er und ich, wollen uns dabei ganz im Hintergrunde halten. Herrmann wird eine kurze Ansprache

halten und du sollst einigen Leuten, die sich damals bei dem Rettungswert besonders ausgezeichnet haben, eine Belohnung überreichen. Herrmann und du, ihr verlorren eben die junge Generation der Besten...“

Frau Volkman beobachtete Nora scharf bei diesen Worten. Die mädchenhafte Frau sah aber gelassen zu ihr herüber.

„Wie ihr es anordnet, Tante Barbara...“  
„Der alte Vob fällt unheimlich ab. Herrmann muß mehr und mehr seine Funktionen übernehmen.“  
„Es war zu schwer für ihn“, nickte Nora nachdenklich.

„Herrmann benimmt sich wirklich großartig“, lobte Frau Barbara.

„Er ist ein lieber Mensch“, erwiderte Nora gedankent abwesend.

In ruhigem und stetem Gleichmaß der Arbeit waren die Tage in der Fabrik verflohen. Morgen für Morgen verstrich das breite Tor, einem ungewöhnlichen Maß vergleichbar, die anströmenden Arbeitermengen, um sie am Ende der Schicht wieder herzugeben und andere an ihrer Stelle zu verhängen. Leben und Gedeihen Tausender hing davon ab, ob dieses gewaltige Tor seine gleichmäßige Arbeit des Schindens und Auspeilens ununterbrochen vollziehen konnte. Die einzelnen verhängen in der Ganzheit der Arbeiterbelegschaft wie Tropfen im Meer, aber doch hatte jeder einzelne sein ganzes, volles Eigenleben, Lieben und Sassen, Streben und Hoffen, Leiden und Enttäuschungen — an keinem ging das Schicksal vorüber. In dieser Mannigfaltigkeit nur die eine ausschlaggebende Verbundenheit: der Kampf um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, das Interesse an der Hebung ihrer Klasse!

Das Symbol dieses Kampfes war den meisten unter den Arbeitern in der Volkman'schen Fabrik die Arbeitstunde am ersten Mai.

(Fortsetzung folgt.)

# Jeder kann helfen

## Ein Mahnruf des Reichskanzlers zur Winterhilfe

Berlin, 23. November.

Reichskanzler Dr. Brüning sprach gestern abend im Rundfunk über die Winterhilfe. Er führte u. a. aus: Nach den hocherfreulichen Zinssparungen dürfen wir hoffen, daß dem Lebenswerk des deutschen Volkes auch weiterhin der Erfolg nicht verlagert werden wird. Die Reichsregierung hat ihrerseits alles getan, um der elementaren Gefahr zu wehren. Sie betrachtet diese Aufgabe auch weiterhin als eines der dringendsten Erfordernisse. Länder und Gemeinden haben ihre Kräfte im Kampfe gegen das Elend eingesetzt. Dem Willen aber, auf dem Wege staatlicher Maßnahmen weitere Hilfe zu bringen, steht die unerschöpfliche Aufgabe gegenüber, daß staatliche Mehraufwendungen infolge der schwierigen Lage der Staatsfinanzen möglichst gering sind. Schon aus diesem Grunde war es ein Gebot der Stunde, die freie Wohlfahrtspflege, soweit es nur irgend geht, zur Hilfe an der Bekämpfung der großen Not heranzuziehen. Deshalb hat sich die Reichsregierung vorbehaltlos unter ihre Befehlsbefugnisse an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung haben den Mahnruf der deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege angenommen. Die wenigen Wochen, die seitdem vergangen sind, haben den Beweis dafür erbracht, daß der Mahnruf das deutsche Volk nicht ungehört verhallt ist.

Jeder kann helfen! Vielgestaltig sind die Möglichkeiten der Mitarbeit, der eine gibt aus den Erträgnissen seiner Arbeit, der Andere teilt aus seinem Vorrat dem ab, der wenig oder nichts besitzt. Auch die Verwendung der Wohlfahrtsbriefmarken für die deutsche Nothilfe bedeutet Kampf gegen die Not. Ein jeder, der sich noch nicht selbst in Not befindet, hat gerade in den nächsten Wochen und Monaten die Pflicht, über das Sorgen für sich selbst und die Seinen hinaus den Notleidenden zu helfen, die ohne eigenes Verdienen aus dem Schaffenkreis, aus Arbeit und Verdienst ausgeschlossen wurden.

An den besonders gefährdeten Stellen, wo ganze Dörfer und Städte ohne Arbeit sind, wo auch die Unkunst des Bodens ein Auskommen nicht mehr gestattet, einzupringen, hat sich die Liga der freien Wohlfahrtsvereine als eine der dringendsten Aufgaben gestellt. Es muß die Pflicht der Allgemeinheit sein, diesen Beteiligungen ein besonderes Interesse zuzuwenden, damit es gelingt, in den in ihrer Not isolierten Bevölkerungsteilen nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, als ob sie etwa außerhalb der Gemeinschaft des Volkes ständen.

So soll denn das große Hilfswerk dieses Winters getragen werden von dem Geiste der gegenseitigen Verantwortung, von dem Geiste des Zueinanderstehens und des Helfenwollens. In ihm muß sich das unveränderbare Gesetz der Schicksalsverbundenheit erfüllen. Die Verbundenheit ist da, wo ein Volk sich nicht zum gemeinsamen Tragen und Helfen und Schaffen zusammenfindet, zum Fluch. Sie kann aber auch, wenn die Befähigung der Verantwortlichkeit und der Hilfsbereitschaft Gemeingut aller wird, zum Segen werden für Volk und Vaterland.

Im Namen der Reichsregierung richte ich an das deutsche Volk die Bitte, im gemeinsamen Wollen und im gemeinsamen Streben nicht müde zu werden. Dann wird auch die Zeit des Leides und der Not überwunden werden.

## Reparationslösung?

Am 23. November best. des Reichsministers für Heimatsdienst, dem Mitteilungsblatt der Reichszentrale für Heimatsdienst, nimmt der frühere Reichsminister der Finanzen Dr. Brüning die Rede zum Wort zu sehr instruktiven Ausführungen über „Die Revision des Youngplans“. Er gibt aus seinen Darstellungen folgendes wieder: Als der Präsident Hoover durch seinen großzügigen Beschluß des Weltjahres für politische Schuld die Welt von dem Alpdruck der Reparations- und Kriegsschulden befreien und dadurch gleichzeitig der Wirtschaftskrisis ein Ende machen wollte, konnte man hoffen, daß damit auch der Youngplan theoretisch für ein Jahr, praktisch für alle Zukunft erledigt sein würde. Die Vorkämpfer, die Frankreich von vornherein machte und schließlich auch durchsetzte, bemerken, daß Paris an dem Standpunkt festhielt, daß selbst für das Frühjahr die Theorie des Youngplans aufrecht erhalten werden müsse, und daß die Beendigung dieser Zeit der Plan auch praktisch oder in Kraft zu treten habe. Und das Ergebnis schließlich der Verhandlungen in Washington zwischen Hoover und Coolidge, soweit es den Youngplan betrifft, hat dem französischen Standpunkt weitgehend Rechnung getragen. Wenn auch dieser Standpunkt kein ernsthafter Politiker, Wirtschaftler oder Finanzmann in Frankreich daran denkt, daß vom 1. April 1932 ab Deutschland wieder nach den ursprünglichen Bestimmungen des Youngplans Zahlungen leisten kann, und die Technik der Revisionen doch, den französischen Forderungen entsprechend, zunächst in den unter ganz strengen Voraussetzungen geschaffenen Mechanismus des Youngplans hineingezwängt werden.

Der beratende Sonderausschuß des Youngplans ist ein Sonderprüfungsgremium zur Vorbereitung von politischen Entscheidungen einer internationalen Konferenz, der nach dem Wortlaut und dem Sinn des Youngplans in seinen Bestimmungen souverän ist, und dessen Aufgabengebiet durch den Youngplan zwar klar abgegrenzt, aber je nach der Auffassung, die man dem von vornherein umstrittenen Wortlaut des Planes gibt, eng- oder weitherzig ausgelegt werden kann. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung für die Kompetenzen des Sonderprüfungsausschusses im weitesten Umfang kämpft und kämpfen muß, wenn auch die endgültige Entscheidung erst auf der internationalen Konferenz erfolgt, kommt dem Votum des Sonderprüfungsausschusses doch eine ungeheure Bedeutung zu vor allem, wenn hinter einem solchen Votum die Zustimmung steht, wie das z. B. beim Laytonbericht der Fall war.

Für Deutschland kommt dazu, daß eine Neuregelung Reparationsfrage ohne ein Abkommen über unsere bestehende ausländische Verschuldung undenkbar ist. Das bestehende für unser Land ist dabei, daß diesmal ein bisheriger System einwillig gebrochen wird. Nie

wieder wird Deutschland eine Schuldverpflichtung an das Ausland, sei es in welcher Form auch immer, übernehmen können, ohne daß feststeht, daß unter normalen Verhältnissen, und zwar nicht auf Grund von Zukunftsprognosen, sondern unter nächsterner Abwägung der tatsächlichen Lage in diesem Augenblick das deutsche Volk seine Verpflichtungen aus einem wirklichen Ueberfluß seiner Zahlungsbilanz begleichen kann. Seit dem Diktat von Versailles ist dieser Forderung niemals Rechnung getragen worden.

Deshalb konnten auch jenseitig der Damesplan wie der Youngplan nur dadurch künstlich in Gang gehalten werden, daß Deutschland sich den nicht durch Sachleistungen gedeckten Teil der Zahlungen, die es jährlich an das Ausland abführen mußte, auf privatem Wege vom Ausland borgte. Eine Praxis die, wie ich das auf einer Vortragsreise in Amerika im Herbst 1927 immer wieder ausgeführt habe, für den Augenblick die Transferrierung unserer politischen Verpflichtungen erleichterte, sie für die Zukunft aber infolge der steigenden Zinsen und Amortisationslasten der aufgenommenen Schulden völlig unmöglich macht.

Diese Entwidlung ist eingetreten. Wir haben also nicht aus eigener Kraft erfüllt, sondern die uns zur Erfüllung notwendigen Summen von dritter Seite georgt. Diese Tatsache allein, die von keiner Seite bestritten wird, gibt auch die beste Rechtfertigung für die deutsche Forderung, daß ein Abkommen nur denkbar ist, wenn es den Gesamtplan unserer Zins- und Amortisationsverpflichtungen zusätzlich unserer eventuellen politischen Zahlungen umfaßt und im Maximum auf die Summe begrenzt, die wir durch einen Ueberfluß unserer Handelsbilanz ausgleichen können.

Wir haben in den letzten Jahren bewiesen, daß wir über die Grenzen unserer Kraft hinausgegangen sind, um lokale Vertragspartner zu sein. Gerade weil wir das auch in Zukunft sein wollen, werden wir auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre keinerlei Verpflichtungen eingehen dürfen, für deren Erfüllung wir keine Gewähr übernehmen können.

## Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

Erstausgabe, den 24. November 1931

### Tagess-Feiger

○-Aufgang: 8 Uhr 08 Min. ○-Untergang: 4 Uhr 19 Min.

### Wochwasser

1.50 Uhr Vorm. — 2.00 Uhr Nachm.

25. November: 2.30 Uhr Vorm. — 2.30 Uhr Nachm.

\* Als gefunden wurden dem Fundbüro übergeben: 1 Fahrrad, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Handtasche.

\* Am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, beginnt in Weislers Hotel ein Kursus der Tanzschule Beuß Oldenburg. (Näheres siehe Anzeige).

\* Der Vaterländische Frauenverein ladet zu seiner 2. Monatsversammlung ein mit dem Wunsch, daß der Besuch wieder so zahlreich sein möge wie in der Mitglieder-versammlung des vorigen Monats. Auch dieses Mal soll wieder praktische Vereinsarbeit beprochen und zum fleißigen Mitarbeiten aller Vereinsmitglieder aufgefordert werden. In dieser schweren Zeit müssen alle Frauen sich regen, um der größten Not zu wehren. Neue Anregungen dazu wollen uns die beiden Redner des Abends geben: Herr Amtsgerichtsrat Knabbe und Herr Oberinspektor Behrens vom Arbeitsamt Brake werden über die äußere und innere Not der Arbeitslosen sprechen. Auch Freunde des Geselther Frauenvereins sind herzlich eingeladen.

\* Weihnachts-Festspiel. Die Personen, die in dem Weihnachts-Festspiel: „Engel Ariels Erdengang“ vorkommen, sind folgende: Petrus, Ariel, das Christkind, Hans und Fritz, die Zeltungsfrau, die Reissigammlerin, 8 Engel, 8 Baumgeister, 8 Mägen, 8 Zwerg, 16 Schulkinder (Verein V. D. G. d. h. „Bund der Gerechtigkeit“), ferner ein kleiner Engel. Der erste und fünfte Akt spielt „Im Himmel“, der 2., 3. und 4. „Im Walde“. Zeit ist die Gegenwart, vor Weihnachten. Kostüm und Ausstattung werden sehr sorgfältig und geschmackvoll hergerichtet. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene nur 50 Pf., für Schüler und Kinder 30 Pf. Der Ertrag ist zum Besten der Winterhilfe.

\* Oldenburgischer Landestheater. Dienstag, 7 1/2 Uhr (A 12): „Die Kaiserin“. Mittwoch, 4 Uhr: (Auswärtigen-Vorstellung Nr. 5) Der Tag „3“; 7 1/2 Uhr: „Don Juan“, (Don Giovanni). Donnerstag, 8 Uhr: (Niederdeutsche Bühne) „Hein Vudentore sin Westmann“ (Preise 0.50 bis 3 RM). Freitag, 7 1/2 Uhr (C 13): „Hoffmanns Erzählungen“. Sonnabend, 4 1/2 Uhr: „Winnetou“ (Preise 0.50 bis 1.50 RM); 7 1/2 Uhr: (Volksgemeinschaft Gruppe 3 Nr. 1751 bis 2625 einstück) „Die zärtlichen Verwandten“. Sonntag, 1 1/2 Uhr: „Winnetou“ (Preise 0.50 bis 1.50 RM); 4 1/2 Uhr: „Im weißen Rössl“ (Preise 0.50 bis 4 RM); 8 1/2 Uhr: „Der Vogelwandler“ (Eintrittspreise 1 RM und 1.50 RM).

\* Gegen Fußscher und Alkestöner. Ein bedeutsames Urteil, aus dem Schlüsse gegen die Schwarzarbeit gezogen werden können, fand kürzlich eine Verurteilung durch das Reichsgericht. Angeklagt waren ein Landwirt und ein Former wegen sachlicher Täuschung. Der Anlage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Im November 1928 wollte der Landwirt G. die Masten einer alten nicht mehr im Betriebe befindlichen elektrischen Leitung umlegen, um das Holz zu verwenden. Der Former R. erbot sich, obwohl er nicht Fachmann war, die Drähte abzunehmen. Er ging dabei aber unachtsam vor, so daß die Drähte auf eine andere, mit 220 Volt geladene Stromleitung fielen, wodurch der Strom in das schon teilweise abgenommene Drahtstück überging. Ein Maurergeselle, der hinzugekommen war und sich an dem Draht zu schaffen machte, erhielt einen elektrischen Schlag, der ihn veranlaßte, den Draht sofort hinzumerfen. Während nunmehr die Angeklagten versuchen wollten, die Ausschaltung des Stromes zu erreichen, ergriff der Schüler W. das zwischen den Masten liegende Drahtende der alten Leitung und wurde von dem Strom getötet. Das Reichsgericht zu

E. verurteilte die Angeklagten deshalb zu 3 bzw. 2 Monaten Gefängnis. Der Landwirt G. erhielt eine höhere Strafe, weil er, trotzdem ihm eigene Sachkenntnisse fehlten, einen Nichtfachmann mit einer Arbeit betraut hatte, die im allgemeinen nur von Fachleuten vorgenommen werden darf, während für den Former R., der nur aus Gefälligkeit gehandelt hatte und als der Jüngere auch die geringere Lebenserfahrung besaß, eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten für ausreichend erachtet wurde. Das Gericht bezeichnete das Urteil als eine Warnung der Allgemeinheit vor Gefahren sachunfundiigen Arbeitern an elektrischen Leitungen. Die Landwirtschaftskammern sollten Veranlassung nehmen, das Urteil in ihren offiziellen Mitteilungen aufzunehmen, damit möglichst viele Landwirte von ihm Kenntnis erhalten. Das Gewerbe der Elektro-Instalateure ist von der Pflichtenarbeit und Schwarzarbeit der Alkestöner besonders in Mitleidenschaft gezogen, und es ist kein Geheimnis, daß die Schwarzarbeit nirgends so an Umfang gewonnen hat wie auf dem Lande.

\* 13 Prozent Rückgang der Steuereinnahmen im Landesteil Oldenburg. Nach einer im Reichsfinanzministerium aufgestellten Uebersicht über das Aufkommen von Reichsteuern nach dem Stande vom 1. Oktober 1931, sind diese gegenüber dem 1. April 1931 um rund 13.22 Prozent gesunken und zwar von 9836000 RM am 1. April auf 8535000 RM am 1. Oktober 1931. Der Hauptausfall kommt auf die Einkommensteuer mit 900000 RM.

\* Winterhilfe durch Wohlfahrtsbriefmarken. Am 1. November begann im ganzen Reichsgebiet der Verkauf der vier neuen Wohlfahrtsbriefmarken und einer Postkarte mit eingedruckter 8 Pf.-Wohlfahrtsbriefmarke. Die neuen Marken sind in Stahl gestochen und in Stahldruck hergestellt. Ausgegeben werden: Eine 8 Pf.-Marke mit dem Bild des Dresdner Zwingers, eine 15 Pf.-Marke (Breslauer Rathaus), eine 25 Pf.-Marke (Heidelberger Schloß) und eine 50 Pf.-Marke (Lübecker Holstentor). Die Wohlfahrtsbriefmarken, die bei der 8 Pf.-Marke und bei der Wohlfahrtspostkarte nur 4 Pfennig, bei der 15 Pf.-Marke 5 Pfennig, bei der 25 Pf.-Marke 10 Pfennig und bei der 50 Pf.-Marke 40 Pfennig betragen, dienen zur Bekämpfung der Winternot unter besonderer Berücksichtigung der notleidenden Mütter, Kinder und jugendlichen Erwerbslosen. Mit wenigen Pfennigen kann sich trotz der schweren Wirtschaftskrise fast jeder durch Verwendung von Wohlfahrtsbriefmarken an diesem Hilfswerk beteiligen und dadurch zur Linderung der großen Not beisteuern. Aus diesen Pfennigbeträgen können die Wohlfahrtsbriefmarken große Summen für die Notleidenden einbringen. Auch in Oldenburg Lande wird mit Unterstützung aller Behörden, der Spitzenverbände der Wirtschaft, der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und der Besse der Betrieb der Wohlfahrtsbriefmarken durchgeführt. Auch an den Posthäkern sind die Marken erhältlich. Ihre postalische Gültigkeit zur Frankierung sämtlicher Inlands- und Auslandsbefehle dauert bis zum 30. Juni 1932.

\* Das Rauchen in den Eisenbahnhöfen. Di muß die Reichsbahn mitteilen, daß das Publikum die Änderungen nicht respektiert und auch in den Nichtraucherabteilungen raucht. Die Reichsbahn legt in die Geldbußen durchaus keinen großen Wert. Einhaltung der Vorschriften ist ihr lieber. In allen Zügen ist die Hälfte der Wagen oder Abteile jenseitig der Posten wie der Holzklasse ohne Einrechnung der Frauenabteile für Nichtraucher vorgesehen. In den Nichtraucher- und Frauenabteilen, den Triebwagen ohne Raucheraufteil sowie den D-Zug-Wagen, in denen durch Rauchgas das Rauchen verboten ist, darf auch dann nicht geraucht werden, wenn die Mitreisenden ihre Zustimmung geben. Viele Nichtraucher empfinden schon das Rauchen in Abteilen, in denen vor ihrem Einsteigen geraucht wurde, als unangenehm. Uebertretungen des Rauchverbots sind von den Zugbegleitern von Amts wegen und nicht erst auf Verlangen zu verfolgen. Bei Uebertretung des Rauchverbots ohne vorherige Verwarnung wird eine Buße von 2 RM erhoben; auch kann wegen Uebertretung bahnpolizeilicher Vorschriften Strafverfolgung stattfinden. Dem reisenden Publikum wird daher dringend empfohlen, im eigenen Interesse die Bestimmungen über das Rauchverbot zu beachten.

\* Warnung vor einem Schwindler. Ein Mann, namens Ludwig Vennemeyer aus Herford, Schulze-Deilichstraße 17, gibt sich als Reisender der Firma Gebüder Schrid, Fabrik seiner Stahlwaren, Solingen-Wald, aus. Er verkauft angeblich Silberbestecke und betriegt die Leute in der Weise, daß er sich entweder eine Anjablung auf den Kaufpreis geben läßt oder aber ein anderes Besteck, in Zahlung nimmt. Die Lieferung des neuen Bestecks verpricht er dann bis zu einem gewissen Zeitpunkt. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß es sich bei Vennemeyer um einen Betrüger übelerster Sorte handelt, der die in Zahlung genommenen Bestecke anderweitig verfilbert und den Erlös für sich verbräut. Vor diesem Schwindler sei an dieser Stelle nachdrücklichst gewarnt. Anzeige wegen Betruges ist bereits erstattet.

\* Delmenhorst. Eine hiesige Einwohnerin verkaufte vor einigen Jahren ihre Besingung an die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei für 30 000 RM, von denen sie 10 000 RM in Bar erhielt, während für den Rest der Kaufsumme von 20 000 RM eine Sichertheits-hypothek eingetragen wurde. Nach dem Zusammenbruch der Nordwolle hat nun die Verkäuferin ihr früheres Grundstück gegen Abtretung der Hypothek wieder übernommen. Sie hat also durch den Zusammenbruch der Nordwolle 10 000 RM verdient.

Den Grundfay „Qualität über alles“ hat die Maggi-Gesellschaft auch bei Einführung ihrer Prämien für die fleißige Verwendung von Maggi-Erzeugnissen gelten lassen. Die einzelnen Gegenstände sind durchaus praktisch und qualitativ wirklich gut. Die Hausfrauen werden ihre Freude daran haben. Da überdies bei der vielseitigen Verwendung von Maggi-Erzeugnissen im Haushalt schnell die nötige Anzahl Gutfische beisammen ist, lohnt es sich, diese zu sammeln.

**§ Oldenburg.** Das Landesshöffengericht verhandelte unter Hinzuziehung eines zweiten Richters gegen den aus Oldenburg gebürtigen Bankbeamten Karl Heinz Weber, der gefänglich ist, in den Jahren 1927 bis zu seiner Verhaftung im August d. J. bei der Landesparaffine, bei der er seit 1925 als Bankbeamter angestellt war, insgesamt die Summe von 32 781,39 RM unterschlagen zu haben. W. der als bis dahin ordentlicher Mensch und fleißiger Beamter das volle Vertrauen der Bankleitung genoss, war mit der Wahrnehmung der Angelegenheiten der Wechselabteilung beauftragt worden, vor allem hatte er den Wechselbestand zu verwalten. Er hat nun, statt das für eingelaufene Wechsel gezahlte Geld nicht, wie es Vorschrift war, an die Kasse abgeführt, sondern es für sich verbraucht und Falschbuchungen vorgenommen. In vielen Fällen hat er auch Schecks, für die keinerlei Deckung vorhanden war, an Geschäftskleinte in Zahlung gegeben und sich Ware, oder auch bares Geld dafür verarbolgen lassen. Unter diese Schecks schrieb er nicht seinen, sondern irgend einen Namen, weil er bestimmte, daß diese ihm in der Bank gütigen. Da die Bankbeamten bei der genannten Bank mit Arbeit sehr überlastet waren, hat es an der nötigen Kontrolle gefehlt. W. der erst 25 Jahre alt ist, entschuldigt sich damit, das er nur ein sehr kleines Gehalt — Anfangs 85 RM, später 150 RM und zuletzt etwa 200 RM — erhalten hat und daß er seine in recht betrüblichen Verhältnissen lebende Mutter und drei jüngere Geschwister habe unterstützen müssen. Die Untersuchung hat aber ein gänzlich anderes Bild ergeben. W. hat immer den noblen Herrn gespielt, mit seiner Braut Reisen u. a. eine Badereise nach Nordsee auf einige Wochen unternommen, sich ein Motorrad gekauft und mit der Braut oder anderen jungen Mädchen Fahrten gemacht und sich durchaus nicht knauserig gezeigt. Der Staatsanwalt beantragt unter Berücksichtigung aller Umstände für diese fortgesetzten Unterschlagungen eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, unter vorläufiger Ablehnung jeglichen Strafschubs. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. v. Busch protestiert energisch gegen ein so hohes Strafmaß. Die Strafe müsse erziehend wirken, daher bitte er, sie milder zu bemessen. Nach kurzer Beratung erging das Urteil dahin: W. der die Bank um außerordentlich hohe Summen schädigte, wird zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft soll ihm angerechnet werden.

**§ Oldenburg.** Eine Abordnung des Stahthelm wurde vom Minister des Innern Dr. Driener im Ministerium empfangen, um ihm von dem Verlauf der Protestversammlung zu berichten, die sich mit dem Verbot der Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel befaßte, und das Ersuchen zu stellen, die Verfügung rückgängig zu machen. Der Minister erklärte wiederholt, daß die getroffenen Maßnahmen keineswegs gegen die Rechtsparteien und den Stahthelm gerichtet seien, sondern ihren Grund in rein politischen Motiven hätten. Das Ministerium habe die Sachlage eingehend geprüft. Die politische Lage sei angetan, vorübergehend zu wirken. Eine Zurücknahme des Verbotes stöße auf allerhöchste Bedenken. Es müsse alles getan werden, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Sobald die rechtlichen Voraussetzungen, nämlich die Gefährdung der Ruhe und der Sicherheit nicht mehr vorhanden seien, werde das Verbot zurückgenommen werden. Das

Ministerium prüfe ernstlich, ob nicht nach Lage der Verhältnisse schon jetzt gewisse Abänderungen möglich seien. Das Ministerium habe die Auffassung, daß gewisse Märche nicht unter den Begriff „Aufzug“ fallen, also von dem Verbote ausgeschlossen werden könnten. Das Ministerium sei bereit, die Einzelfälle wohlwollend zu prüfen.

**§ Schweiburg.** Forderungen der Pächter am Jadedeusen. Auch die Pächter der staatlichen Angelgraden und Deichpänder bemühen sich seit mehreren Monaten, eine Senkung ihrer Pachtpreise zu erzielen. Sie entkanden eine Kommission nach Oldenburg zwecks Verhandlungen mit dem Ministerium. Dieses ermächtigte die Pachtgäbe, wie auch bereits vom Domänenamt bekannt gegeben wurde, um 20 Prozent. Weil den Pächlern ein solcher Nachlaß angesichts der z. Zt. bestehenden Verhältnisse noch nicht genügt, hatten sie nach hier eine Versammlung einberufen, zu der mehr als 100 Interessenten erschienen waren. Die beiden Mitglieder der Kommission erstatteten Bericht über ihre Reise und deren Erfolge nach Oldenburg. Allgemein herrschte jedoch die Ansicht, daß es z. Zt. ausgeschlossen sei, auch nur die 80 Prozent der festgesetzten Pachtgelder herauszuwirtschaften aus ihren Pachtungen. Die Versammlung beschloß daher, noch einmal bei der Regierung um eine weitere Senkung der Pachtgelder vorstellig zu werden und vorläufig nur 50 Prozent in zwei Raten zu zahlen. Die Aussprache ergab, daß die Pachtpreise vielfach

hatte keinerlei Vergünstigungen, die ihn noch weiterruffisches Gebiet betreten ließen. Seine noch 200 km von Moskau entfernt wohnende Mutter konnte er nicht besuchen. Nachdem durch eine Untersuchung alles geklärt war, daß er in Deutschland verhaftet war und sich ohne Paß und Papiere über die Grenze geschlichen hatte, wurde er nach 3 1/2 monatiger Haft als lästiger Ausländer entlassen und abgeschoben. Ohne Geldmittel mußte er nun eine Reise nach Deutschland antreten. Er bestieg den Zug und kam so eine ganze Strecke der Grenze näher. Jedoch brach ihm diese kühne Fahrt zunächst wieder ein paar Wochen Gefängnis ein. Nach seiner Auslassung landete er in Königsberg und trat von hier aus die Wanderung zu Fuß nach Neuenburg an. Von Königsberg bis Neuenburg benötigte er 4 Wochen. Die Familie ist nun wieder vollständig.

**\* Falschb. In einem Nachbarort hat ein angeblicher Naturheilkundiger seine „Praxis“ in geldlicher Hinsicht mit Erfolg ausgeübt. Durch einen Blick in die Augen stellte er bei einer Frau fest, daß diese es mit dem Neuen habe, machte im Wechselwall auf die Folgen dieses Leidens, Lahmheit usw., aufmerksam und verordnete eine Kur mit Wacholderbeerfakt. Um die Kur gründlich durchzuführen, waren 15 Flaschen erforderlich, die er „zufällig“ bei sich führte. Er verhandelt die Frau von seiner „Heilkunst“ davon zu überzeugen, daß diese sich zum Ankauf der 15 Flaschen Wacholderbeerfakt entschloß und sofort die dafür geforderten**



### Eine gute Nachricht:

Jede Umhüllung eines MAGGI-Suppen-Würfels gilt - auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist - als 1 Gutschein.

höher sind als vor dem Kriege, in einigen Fällen sogar mehr als 20 Prozent. Sämtliche Pächter am Jadedeusen sollen herangezogen werden, um so einheitlich als möglich zu verfahren, die Pachtgelder unter 80 Prozent gesenkt zu erhalten.

**\* Welterstebe.** Der Schwein hat, zählt 9 Pfennige! Augenblicklich, so schreibt der „Ammerländer“, flattern wieder Steuerzettel ins Haus. Der Amtsverband hebt Wege- und Viehsteuer. Wer nur ein Schwein hat, kommt am besten weg und braucht nur 9 (neun) Pfennige zu zahlen. Dafür bekommt er einen großen Steuerzettel mit anhängender Zahlkarte. Die Materialkosten nebst Beschriftung und Aufstellung betragen bestimmt ein Vielfaches des zu bebenden Steuerbetrages von 9 Pfennigen. Heiliger Virokratismus, wir schreiben anno 1932.

**\* Neuenburg.** Der vor etwa 5 Monaten verschwundene Russe A., der hier verheiratet ist und einen plötzlichen Drang in sich verspürte, seine Heimat wiederzusehen, ist wieder in Neuenburg eingetroffen. Er ließ damals seine Familie im Stich und fuhr mit einem Fahrrad nach Oldenburg. Dort begab er sich zum Viehbof und es gelang ihm mit einem Schweinetransport nach Russland zu kommen. Seine Reise verlief glücklich bis ins russische Gebiet, wo es hieß „alles ansiegen!“ Ihn, seine Papiere, obgleich er Russe war, erklärte man ihn in Rußland als staatenlos. Er wanderte in Moskau ins Gefängnis und

40 RM entrichtete. Die zur Kur erforderlichen Tabletten die in dem Kaufpreis mit enthalten waren, wollte sofort schicken und auch nachdem seine „Patientin“ wieder aufhies. Der Mann hat nun nach vier Wochen wieder die Tabletten geschickt, noch sich wieder sehen lassen. Ein Flasche dieses Wacholderbeerfaktes, der liberal kauft, hat einen Verkaufswert von 1,25 RM. Der angebliche Naturheilkundige hat sich mithin seine „Ratschläge“ bezahlen lassen.

**\* Papenburg.** Hier konnten in einer Wirtshaus zwei junge Leute gestellt werden, die des Schmuggels verdächtig waren. Bei ihrer Vernehmung vor dem Amtsgericht gaben sie an, daß das bei ihnen gefundene Geld der Erlös eines Schmuggelgeschäfts sei. Man fand bei ihnen ein Notizbuch, in dem sie die geschmuggelten Warenmengen und auch die Abnehmer verzeichnet hatten. Darauf stellte sich heraus, daß fast die ganze Einwohnerzahl eines Dorfes im Kreise Altdorfer auf dem einträglichen Geschäft beteiligt war. Sie werden sich alle wegen Tabak- und Kaffeeschmuggels zu verantworten haben.

**\* Bad Harzburg.** Auf dem Harzburger Bahnhofs wurde der Gutsbäcker Kiepe aus Westerde unermutet von Kriminalbeamten verhaftet und ins Wolfenbütteler Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Er steht im Verdacht am Abend des 19. Oktober seine Rorddiene mit 55 Mark Weizenente vorläufig angezündet zu haben.

### Domänenamt

Oldenburg i. O., den 21. November 1931

### Reitverkauf

1. Warteplate, den 27. November, 10 Uhr.
  2. Wilhelmplate, den 30. November, 10 Uhr.
  3. Reiherpate, den 3. Dezember, 8 1/2 Uhr beginnend.
- Sinnemann

**Tanzschule Beuß, Oldenburg**

**Der Kursus für Seefahrtschüler**

beginnt am **Dienstag, dem 24. Nov., abends 8 Uhr**, im Saale des Herrn **Geisler**. Anmelbungen von Damen und auch anderen Herren zu Beginn erbeten.

Empfehle zu **Freitag**

**frische Seefische**

Bestellungen bis **Mittwoch** erbeten.

**A. Passarge**

**Freie Volksbühne**

Sonntag, d. 29. Nov., 16.30 Uhr

„Im weißen Rößl“

Karten Freitag ab 20 Uhr bei Geisler.

Raffe am **Sonnabend von 9 Uhr** an bei **H. Lange, Rittersweg**

**prima fettes Rindfleisch**

verkaufen, Pfd. 60—70 s. Vorherige Bestellungen dabeisbt.

**H. RATH, Lienen**

**Probieren**

Sie bitte unsere neuen

**Walnüsse**

Pfund 50 s.

**Thams & Garfs**

**Gefunden**

**eine Armbanduhr**

Nachzutr. in der Geschäftsft.

**2 fette Schweine**

zu verkaufen

**Wardenburg, Rajenberg**

**Stadtmagistrat**

Elsfleth, d. 23. November 1931

**Donnerstag, d. 26. d. M., 16 Uhr**, sollen im „Zivoli“ öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden:

- 2 Sofatische
  - 1 Vertiko
  - 1 Flurgarderobe
  - 2 Tische
  - 3 Wanduhren
  - 1 Scheibenbüchse
  - 1 Schrein
  - 23 Hühner
  - 1 Sau mit 10 Ferkeln
  - 4 Sofas
  - 2 Pflüchsfessel
  - 1 Blumenständer
  - 1 Rauchtisch
  - 2 Fahrräder
  - 1 Kommode
  - 1 Küchenschrank
  - 1 Schreibtisch
- Chlers

**DANKSAGUNG**

Für die uns an unserem Hochzeitstage erwiesenen Aufmerksamkeit danken wir herzlich

**O. Wilts und Frau**

Valerl. Frauenverein vom R. Kr. Elsleth

**Mittwoch, 25. Novbr., 8 Uhr abends**

**2. Monatsversammlung** in Geislers Klubzimmer

**Vorträge**

von Herrn Oberinspektor Behrens vom Arbeitsamt Brake und von Herrn Amtsgerichtsrat Knabe über

**Winterhilfe für die Arbeitslosen**

Alle Mitglieder u. Freunde des Vereins sind herzlich eingeladen.

**DANKSAGUNG**

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kränzchen beim Hinscheiden meiner innigstgeliebten Frau sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten insbesondere Herrn Pastor Ordemann für die trostreichen Worte im Laufe und am Grabe, herzlichen Dank

**Joh. Vogt u. Angehörige**

**Warum lehnt Ludendorff das Christentum ab?**

Öffentl. Vortrag in Elsleth am Freitag, dem 27. November 1931, abends 8 Uhr, Hotel „Großherzog von Oldenburg“

Rednerin: **Frau Wenzel, Samburg**

Freie Aussprache

Eintritt: 30 Pfg. — Erwerbslose gegen Ausweis: 10 Pfg.

**Sannenbergbund e. V.**

**Kaffee-Werbe-Woche**

Von Dienstag, d. 24. November bis Dienstag, den 1. Dezember verarbolgen wir beim Einkauf von

**1 Pfund Kaffee** im Preise von **RM 2.40** ein reizendes **Sammelgedeck**

**THAMS & GARFS**

Niederlage

**Abendlehrgang**

im Anrichten feiner, kalter Platten und Feinbäckerei erteilt

**Margarete Gottschalk**

bei Frau Randel, Elsleth, Peterstr. 46

**Beginn des Lehrganges Dienstag, den 24. November, 7.15 Uhr abends, im „Neuen Hause“**